



# Sächsisches Amtsblatt

Nr. 22/2023

1. Juni 2023

## Inhaltsverzeichnis

### Sächsisches Staatsministerium für Kultus

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Ungültigkeitserklärung eines in Verlust geratenen Dienstsiegels vom 16. Mai 2023 ..... 618

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Ungültigkeitserklärung eines gestohlenen Dienstsiegels vom 16. Mai 2023 ..... 618

### Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr über die Organisation und die Aufgaben der Digitalagentur Sachsen (VwV DiAS) vom 9. Mai 2023..... 619

Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr für die Förderung von Straßen- und Brückenbauvorhaben kommunaler Baulastträger (FRL KStB) vom 11. Mai 2023 ..... 620

Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr zur Änderung der FRL Kultur- und Kreativwirtschaft vom 16. Mai 2023 ..... 625

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr über die Festsetzung eines Termins zur Verhandlung über einen Antrag auf Allgemeinverbindlicherklärung eines Tarifvertrags für Sicherheitsdienstleistungen vom 12. Mai 2023 ..... 625

### Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt über die investive Förderung sächsischer Tafeln im Jahr 2023 vom 15. Mai 2023 ..... 626

### Andere Behörden und Körperschaften

Bekanntmachung des Mitteldeutschen Rundfunks Telemedienänderungskonzept des Mitteldeutschen Rundfunks vom 10. Oktober 2022 vom 5. Mai 2023 ... 628

**Sächsisches Staatsministerium für Kultus**  
**Bekanntmachung**  
**des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus**  
**zur Ungültigkeitserklärung eines in Verlust geratenen Dienstsiegels**

**Vom 16. Mai 2023**

Wegen Verlust wird das nachfolgend dargestellte Dienstsiegel der 117. Grundschule „Ludwig Reichenbach“ ab dem 11. Mai 2023 für ungültig erklärt.



Dresden, den 16. Mai 2023

Sächsisches Staatsministerium für Kultus  
Carl  
Referatsleiter

**Bekanntmachung**  
**des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus**  
**zur Ungültigkeitserklärung eines gestohlenen Dienstsiegels**

**Vom 16. Mai 2023**

Wegen Diebstahl wird das nachfolgend dargestellte Dienstsiegel des Gymnasiums Dresden-Cotta ab dem 2. Mai 2023 für ungültig erklärt.



Dresden, den 16. Mai 2023

Sächsisches Staatsministerium für Kultus  
Carl  
Referatsleiter

# **Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr**

## **Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr über die Organisation und die Aufgaben der Digitalagentur Sachsen (VwV DiAS)**

**Vom 9. Mai 2023**

### **I. Rechtsform und Sitz**

Nach § 13 Absatz 1 Nummer 3 des Sächsischen Verwaltungsorganisationsgesetzes vom 25. November 2003 (SächsGVBl. S. 899), das zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (SächsGVBl. S. 705) geändert worden ist, ist die Digitalagentur Sachsen eine nicht rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts im Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr (SMWA).

Die Digitalagentur Sachsen hat ihren Sitz in Dresden.

### **II. Aufgaben**

Die Digitalagentur Sachsen verfolgt mit ihrer Tätigkeit das Ziel, zur effizienten Begleitung und Gestaltung des digitalen Wandels im Freistaat Sachsen beizutragen.

Zu den Aufgaben der Digitalagentur Sachsen zählen unter anderem:

- Proaktive Unterstützung und Beratung zum Ausbau digitaler Infrastruktur (Breitband und Mobilfunk) im Freistaat Sachsen,
- Aufbau und Pflege eines Infrastrukturatlases,
- Sensibilisierung der Bevölkerung sowie der Unternehmen zur digitalen Transformation,
- Beratung zu Fragen der Digitalisierung, Information zu Angeboten und Services Dritter,
- Unterstützung der Staatsregierung bei der strategischen Ausrichtung und Umsetzung ihrer Digitalpolitik, insbesondere durch Beteiligungsprozesse zur Weiterentwicklung der Digitalstrategie „Sachsen Digital“,
- Marktbeobachtung und Ableitung notwendiger Unterstützungsbedarfe,
- Vernetzung der Stakeholder der Digitalisierung aus Staat, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft.

- Organisation und Durchführung beziehungsweise Unterstützung bei der Durchführung von fachspezifischen Veranstaltungen des SMWA im Kontext Digitalisierung
- Betrieb der KI-Kompetenzstelle sowie der Taskforce Mobilfunk

### **III. Aufsicht**

Die Digitalagentur Sachsen untersteht der Dienst- und Fachaufsicht des SMWA.

### **IV. Leitung und Organisation der Digitalagentur Sachsen**

Der Digitalagentur Sachsen steht eine Leiterin oder ein Leiter vor. Sie oder er vertritt die Digitalagentur Sachsen nach innen und außen. Die Bestellung und Abberufung der Leiterin oder des Leiters erfolgt durch das SMWA.

Die Leiterin oder der Leiter der Digitalagentur Sachsen ist Dienstvorgesetzte oder Dienstvorgesetzter der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Digitalagentur Sachsen. Organisatorisch-strukturelle Personalmaßnahmen sind im Einvernehmen mit dem SMWA zu treffen.

Die Leiterin oder der Leiter ist dafür verantwortlich, dass die Dienstgeschäfte rechtzeitig, richtig und wirtschaftlich erledigt werden.

Die Leiterin oder der Leiter regelt die Geschäftsverteilung und die Organisation der Digitalagentur Sachsen im Einvernehmen mit dem SMWA.

### **V. Inkrafttreten**

Diese Verwaltungsvorschrift tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft.

Dresden, den 9. Mai 2023

Der Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr  
Martin Dulig

**Richtlinie  
des Sächsischen Staatsministeriums  
für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr  
für die Förderung von Straßen- und Brückenbauvorhaben  
kommunaler Baulastträger  
(FRL KStB)**

**Vom 11. Mai 2023**

**Inhaltsübersicht**

**Teil A Allgemeines**

**Teil B Förderung von Maßnahmen im besonderen Landesinteresse**

- I. Zuwendungszweck, Rechtsgrundlagen
- II. Gegenstand der Förderung
- III. Zuwendungsempfänger
- IV. Zuwendungsvoraussetzungen
- V. Art und Umfang, Höhe der Förderung
- VI. Verfahren

**Teil C Inkrafttreten, Außerkrafttreten, Übergangsregelung**

**Teil A  
Allgemeines**

1. Der vom Haushaltsgesetzgeber bereitgestellte jährliche Verfügungsrahmen ist wie folgt aufgeteilt:
  - a) Kommunalbudgets nach dem Sächsischen Finanzausgleichsgesetz (SächsFAG)
  - b) Mittel für Maßnahmen im besonderen Landesinteresse nach Teil BDie Mittel aus den Kommunalbudgets nach dem SächsFAG dürfen nicht für den kommunalen Eigenanteil für Maßnahmen nach Teil B verwendet werden.
2. Maßnahmen im besonderen Landesinteresse nach Teil B sind:
  - a) Kreuzungsmaßnahmen nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. März 1971 (BGBl. I S. 337), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 31. Mai 2021 (BGBl. I S. 1221) geändert worden ist, oder dem Bundeswasserstraßengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Mai 2007 (BGBl. I S. 962; 2008 I S. 1980), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 18. August 2021 (BGBl. I S. 3901) geändert worden ist, in den jeweils geltenden Fassungen,
  - b) Gemeinschaftsmaßnahmen der Landkreise und Gemeinden mit der staatlichen Straßenbauverwaltung,
  - c) Straßeninfrastrukturprojekte mit überregionaler, das heißt über einen Landkreis hinausgehender Bedeutung, insbesondere Vorhaben
    - aa) an Ingenieurbauwerken mit herausragender verkehrlicher oder touristischer oder historischer Bedeutung;
    - bb) in Vorbereitung von Landesgartenschauen, Bundesgartenschauen, Tag der Sachsen;
    - cc) in Vorbereitung überregionaler Großveranstaltungen von herausragender Bedeutung für die Region.
  - d) Maßnahmen zur Radverkehrsförderung.

3. Grundsätzlich sind Erhaltungsvorhaben gegenüber Neu- und Ausbauvorhaben zu priorisieren. Satz 1 gilt nicht für Rad- und Fußverkehrsanlagen. Zudem sollen folgende Aspekte berücksichtigt werden: Eine nachhaltige Mobilität; die gleichberechtigte Berücksichtigung aller Verkehrsarten; die Erhöhung der Verkehrssicherheit sowie die Reduzierung des Ressourcen- und Flächenverbrauchs. Maßnahmen, die der Verkehrsqualität für den öffentlichen Personennahverkehr sowie für Fußgänger und Radfahrende dienen, ist ferner Vorrang einzuräumen.

**Teil B  
Förderung von Maßnahmen  
im besonderen Landesinteresse**

**I.  
Zuwendungszweck, Rechtsgrundlagen**

1. Der Freistaat Sachsen gewährt nach den §§ 23 und 44 der Sächsischen Haushaltsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 2001 (SächsGVBl. S. 153), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Mai 2021 (SächsGVBl. S. 578) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, der dazu erlassenen Verwaltungsvorschriften des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Sächsischen Haushaltsordnung vom 27. Juni 2005 (SächsABl. SDR. S. S 226), die zuletzt durch die Verwaltungsvorschrift vom 23. November 2022 (SächsABl. S. 1423) geändert worden sind, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 6. Dezember 2021 (SächsABl. SDR. S. S 178), in der jeweils geltenden Fassung, und nach dieser Richtlinie Zuwendungen.
2. Zuwendungszweck ist die Verbesserung der Straßen- und Radverkehrsanlagen in kommunaler Baulastträgerschaft im Sinne einer nachhaltigen Mobilität.
3. Ein Anspruch des Antragstellers auf Gewährung einer Zuwendung besteht nicht. Die Bewilligungsbehörde entscheidet auf Grund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

**II.  
Gegenstand der Förderung**

1. Im Rahmen dieser Richtlinie können gefördert werden, soweit in kommunaler Baulast, Vorhaben an
  - a) Straßen gemäß § 1 des Bundesfernstraßengesetzes;
  - b) Straßen gemäß § 3 Absatz 1 Nummer 1 bis 3 des Sächsischen Straßengesetzes;
  - c) öffentlichen Radverkehrsanlagen sowie die Erstellung von Radverkehrskonzeptionen.

## 2. Im Einzelnen sind förderfähig:

- a) der Neu-, Um- und Ausbau und die Anpassung der baulichen Anlagen an die Verkehrsbedürfnisse sowie die Instandsetzung und Erneuerung von
  - aa) inner- und außerörtlichen Straßen inklusive Straßenzubehör, barrierefreien Fußverkehrsanlagen nach den Hinweisen für barrierefreien Verkehrsanlagen und Längsparkstreifen sowie einschließlich des Erhalts, Lückenschlusses oder der Neuanlage von straßenbegleitenden Alleen;
  - bb) Ingenieurbauwerken;
  - cc) Verkehrsleitsystemen.
- b) Kreuzungsmaßnahmen nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz oder nach dem Bundeswasserstraßengesetz, soweit Gemeinden oder Landkreise als Baulastträger der kreuzenden Straße Kostenanteile zu tragen haben;
- c) der Neu-, Um- und Ausbau sowie die Instandsetzung und Erneuerung selbständiger oder im Zuge von kommunalen Straßen geführter Radverkehrsanlagen mit den dazugehörigen Einrichtungen;
- d) die Einrichtung und Umstellung der Wegweisung von Radverkehrsanlagen gemäß den Richtlinien zur Radverkehrswegweisung im Freistaat Sachsen.

## 3. Nicht förderfähig im Rahmen dieser Richtlinie sind

- a) Neu-, Aus- und Umbaumaßnahmen an einer Verkehrsanlage, für deren Bau, Ausbau, Instandsetzung oder Erneuerung Zuwendungen gewährt wurden, deren Zweckbindungsfrist gemäß der entsprechenden Zuwendungsgrundlage noch nicht abgelaufen ist, es sei denn, unvorhersehbare Gründe rechtfertigen eine Ausnahme.
- b) erneute Instandsetzungs- oder Erneuerungsmaßnahmen an gleichen Teilen einer Verkehrsanlage innerhalb einer noch laufenden Zweckbindungsfrist für Instandsetzungs- oder Erneuerungsmaßnahmen.
- c) der Neubau von Erschließungsanlagen im Sinne von § 127 Absatz 2 des Baugesetzbuches in der jeweils geltenden Fassung.

## III.

**Zuwendungsempfänger**

Zuwendungen können Städte, Gemeinden, Landkreise oder kommunale Zusammenschlüsse erhalten, soweit sie Baulastträger der öffentlichen Straße, des Ingenieurbauwerkes oder der Radverkehrsanlage sind oder die Ausgaben aufgrund anderer gesetzlicher Regelungen oder Richtlinien des Bundes zu übernehmen haben.

## IV.

**Zuwendungsvoraussetzungen**

1. Voraussetzung der Zuwendung ist, dass ein Vorhaben
  - a) nach Art und Umfang zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse erforderlich ist und die Ziele der Raumordnung und Landesplanung berücksichtigt.
  - b) bei selbständigen Radverkehrsanlagen in einer Radverkehrskonzeption vorgesehen ist und die Richtlinien zur Radverkehrswegweisung im Freistaat Sachsen beachtet werden.
  - c) bau- und verkehrstechnisch nach den anerkannten Regeln der Technik unter Beachtung des Grundsatzes der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit geplant ist.

- d) die Belange behinderter und anderer Menschen mit Mobilitätsbeeinträchtigung berücksichtigt und den Anforderungen der Barrierefreiheit weitreichend entspricht.
- e) rechtlich gesichert ist.
- f) den Vorgaben des jeweiligen Hochwasserschutzkonzeptes oder Hochwasserrisikomanagementplanes entspricht.

## 2. Zuwendungsvoraussetzung ist außerdem, dass für ein Vorhaben die zuwendungsfähigen Ausgaben mehr als

- a) 5 000 Euro für Kreuzungsmaßnahmen nach Teil B Ziffer II Nummer 2 Buchstabe b, öffentliche Radverkehrsanlagen nach Teil B Ziffer II Nummer 1 Buchstabe c sowie Maßnahmen der Wegweisung für den Radverkehr nach Teil B Ziffer II Nummer 2 Buchstabe d oder
- b) 20 000 Euro für die Erstellung von Radverkehrskonzeptionen oder
- c) 50 000 Euro für alle sonstigen Maßnahmen betragen.

Als Einzelvorhaben in diesem Sinne gelten auch zusammenhängende kleinere Maßnahmen innerhalb eines Verkehrsnetzelementes.

## V.

**Art und Umfang, Höhe der Förderung**

1. Die Zuwendung für Einzelmaßnahmen wird als Anteilsfinanzierung im Rahmen einer Projektförderung als Zuschuss gewährt. Der Höchstfördersatz der zuwendungsfähigen Ausgaben ist abhängig vom jeweiligen Fördergegenstand und beträgt für

Art der Maßnahme		Höchstfördersatz
a)	Maßnahmen nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz oder Bundeswasserstraßengesetz für den kreuzungsbedingten Anteil in Höhe des gesetzlich vorgeschriebenen unter Berücksichtigung des Vorteilsausgleichs, sofern der Zuwendungsempfänger nicht einseitiger Veranlasser ist	100 Prozent
b)	Rad- und Fußverkehrsanlagen	85 Prozent
c)	Gemeinschaftsmaßnahmen mit der staatlichen Straßenbauverwaltung	80 Prozent
d)	Ingenieurbauwerke	60 Prozent
e)	Kreisstraßen, Gemeindeverbindungsstraßen und verkehrswichtige Innerortsstraßen sowie Ortsdurchfahrten von Bundes- und Staatsstraßen	50 Prozent
f)	Radverkehrskonzeptionen	75 Prozent

Ist ein Fördergegenstand Bestandteil eines anderen Fördergegenstandes mit einem niedrigeren Höchstfördersatz, so gilt dort für den erstgenannten Fördergegenstand der ihm zugewiesene höhere Höchstfördersatz. Ist ein Fördergegenstand Bestandteil eines anderen Fördergegenstandes mit einem höheren Höchstfördersatz, so gilt für beide Fördergegenstände der höhere Höchstfördersatz. Sofern Ingenieurbauwerke und Radverkehrsanlagen im Zuge von Straßenbaumaßnahmen errichtet werden, sind deren Ausgaben gesondert auszuweisen.

## 2. Bemessungsgrundlage

- a) Zuwendungsfähig sind
  - aa) die Bauausgaben für den Straßenkörper und das Zubehör gemäß § 2 Absatz 2 Nummer 1 und 3 des Sächsischen Straßengesetzes in der jeweils geltenden Fassung;
  - bb) die Ausgaben für Ingenieurleistungen sowie Verwaltungsausgaben Dritter zusammengefasst bis maximal 15 Prozent und bei Radverkehrsanlagen bis maximal 20 Prozent der zuwendungsfähigen Bauausgaben; bei Radverkehrskonzeptionen ohne prozentuale Begrenzung;
  - cc) ein vom Zuwendungsempfänger auf gesetzlicher Grundlage (zum Beispiel gemäß dem Eisenbahnkreuzungsgesetz) zu leistender Vorteilsausgleich;
  - dd) Beteiligungsausgaben für Entwässerungseinrichtungen nach § 23 Absatz 5 des Sächsischen Straßengesetzes und Nummer 14 der Richtlinien für die rechtliche Behandlung von Ortsdurchfahrten im Zuge der Bundesstraßen – Ortsdurchfahrtenrichtlinien – (ODR) in der jeweils geltenden Fassung;
  - ee) die Ausgaben für Maßnahmen gemäß dem Bundesnaturschutzgesetz und dem Sächsischen Naturschutzgesetz einschließlich Fertigstellungs- und Entwicklungspflege, die nicht länger als drei Jahre nach Fertigstellung der Gesamtbaumaßnahme (Abnahme nach Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen [VOB]) anfallen;
  - ff) die Ausgaben für aktive und passive Schallschutzmaßnahmen nach den Grundsätzen der Lärmvorsorge mit gesetzlicher Verpflichtung;
  - gg) die Ausgaben für die Erfassung und Übernahme der Daten in die Straßendatenbank für Bundes-, Staats-, und Kreisstraßen, in kommunale elektronische Bestandsverzeichnisse und in das Kataster für Radverkehrsanlagen;
  - hh) die Gestehungsausgaben des Grunderwerbs;
  - ii) die Ausgaben für Folgemaßnahmen, wie zum Beispiel
    - aaa) die Ausgaben für Umleitungsstrecken einschließlich der eventuell notwendig werdenden Wiederherstellung des früheren Zustandes sowie der Beseitigung wesentlicher durch die Umleitung verursachter Schäden,
    - bbb) die Ausgaben für Sicherungen/Änderungen an Verkehrs-, Ver- oder Entsorgungsanlagen, die der Straßenbaulastträger auf Grund einer gesetzlichen Entschädigungspflicht zu tragen hat;
  - jj) die Ausgaben für die infolge der Bauausführung notwendige vorübergehende Inanspruchnahme von Grundstücken, insbesondere die Herrichtung der betroffenen Grundstücke nach den Grundsätzen des Entschädigungsrechtes;
  - kk) die Ausgaben im Zusammenhang mit der bedarfsgerechten Verlegung geeigneter passiver Netzinfrastrukturen nach § 146 Absatz 2 des Telekommunikationsgesetzes vom 23. Juni 2021 (BGBl. I S. 1858), das zuletzt durch Artikel 8 des Gesetzes vom 10. September 2021 (BGBl. I S. 4147) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung. Eine Zuwendung ist ausgeschlossen, sofern für die gleiche Maßnahme Zuwendungen aus anderen Förderrichtlinien ausgereicht werden.
- b) Nicht zuwendungsfähig sind
  - aa) Ausgaben für Leistungen, die der Bauträger selbst, jedoch nicht in seiner Eigenschaft als Straßenbaulastträger zu tragen verpflichtet ist, wie
    - aaa) Straßenbeleuchtung, es sei denn, dass sie aus Gründen der Verkehrssicherungspflicht notwendig ist (zum Beispiel in Tunneln, die auch tagsüber beleuchtet werden müssen), sofern nicht Zuwendungen aus anderen Förderrichtlinien ausgereicht werden;
    - bbb) Haltestellenausstattungen, wie Wartehäuschen oder Fahrgastinformationen;
  - bb) Ausgaben für den Erwerb und die Entschädigung solcher Grundstücke und Grundstücksteile, die nicht unmittelbar für das Vorhaben benötigt werden, es sei denn, dass sie nicht nutzbar sind;
  - cc) Ausgaben für Bepflanzungen, die über einen den Erfordernissen des Natur- und Landschaftsschutzes gemäß § 28 Absatz 1 des Sächsischen Straßengesetzes entsprechende landschaftsgerechte Bepflanzung hinausgehen, soweit sie nicht unmittelbar Verkehrszwecken oder der Straße selbst dienen (zum Beispiel Blendschutz, optische Führung, Schutz vor Schneeverwehungen, Erosionsschutz, Böschungsbefestigung, natürlicher Wasserrückhalt);
  - dd) Ausgaben, die über projektbezogene Vorgaben des Denkmalschutzes hinausgehen (zum Beispiel Pflasterung);
  - ee) Ausgaben für die Unterhaltung der Verkehrsanlagen (zum Beispiel Ablösungsbeträge und Ausgaben für die Erhaltungs- und Betriebslast nach § 15 Absatz 4 des Eisenbahnkreuzungsgesetzes);
  - ff) Finanzierungsausgaben (zum Beispiel Beschaffung der Finanzierungsmittel, Bauzinsen, Zinsen im Zusammenhang mit Grunderwerb, Spesen);
  - gg) Ausgaben für kommunale Eigenregieleistungen;
- c) Nach Abzug der nicht zuwendungsfähigen Ausgaben nach Teil B Ziffer V Nummer 2 Buchstabe b von den Gesamtausgaben sind von den zuwendungsfähigen Ausgaben außerdem abzusetzen:
  - aa) Ausgabenanteile, die ein anderer als der Träger des Vorhabens zu tragen verpflichtet ist,
    - aaa) bei Kreuzungsmaßnahmen die von anderen Kreuzungsbeteiligten zu tragenden Ausgabenanteile entsprechend der gesetzlichen Regelung (vom Zuwendungsempfänger erhaltener Vorteilsausgleich);
    - bbb) Ausgabenanteile, die Ver- oder Entsorgungsunternehmen für Änderungen an Ver- oder Entsorgungsanlagen (zum Beispiel Gas, Wasser, Elektrizität, Abwasser mit Ausnahme der Straßenentwässerung) oder an anderen Verkehrswegen (zum Beispiel Straßenbahnkörpern oder Gleisen, Oberleitungen, Wartehäuschen, Haltestellenschildern) zu übernehmen haben, wobei dies auch für Anteile gilt, die gemeindliche Ver- oder Entsorgungsunternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit zu tragen haben;

- ccc) bei Vorhaben von Gemeinden die Ausgabenanteile des Straßenbauasträgers in Ortsdurchfahrten von Bundes- und Staatsstraßen für die Herstellung von Borden;
- ddd) der Verkehrswert oder, wenn dieser höher ist, der Erlös für Grundstücke oder Grundstücksteile, die dadurch frei werden, dass infolge des Vorhabens Verkehrsanlagen aufgegeben werden, soweit sie wirtschaftlich nutzbar sind und der Träger des Vorhabens sie nicht für öffentliche Anlagen nutzt;
- bb) Einnahmen aus dem Erlös oder der Wert von den bei dem Vorhaben angefallenen wiederverwendbaren Altbaustoffen (zum Beispiel Pflaster, Bordsteine, Gehwegplatten, Stahlschrott eines Brückenabrisses), auch wenn der Träger des Vorhabens die Wiederverwendung bei einem anderen als einem im Rahmen des kommunalen Straßenbaus geförderten Vorhaben vorgesehen hat.

## VI. Verfahren

### 1. Antrag und Antragsunterlagen

- a) Anträge auf erstmalige Gewährung von Zuwendungen
  - aa) Die Anträge auf erstmalige Gewährung von Zuwendungen sind vor dem geplanten Baubeginn (bei Radverkehrskonzeptionen vor dem Konzeptionierungsbeginn) – bei kreisangehörigen Gemeinden über das zuständige Landratsamt – bei der Bewilligungsbehörde (Landesamt für Straßenbau und Verkehr) einzureichen.
  - bb) Soll ein Vorhaben mit mehreren Beteiligten gefördert werden, so kann die Zuwendung nur von einem Beteiligten beantragt werden. Sie ist von dem Beteiligten zu beantragen, der dazu beauftragt wird. Die Beauftragung ist im Antrag nachzuweisen. Die Zuwendung wird an den Antragsteller ausgezahlt, der intern den Ausgleich mit den Beteiligten durchführt.
  - cc) Der Antragsteller hat darzulegen, dass es sich um eine Maßnahme im besonderen Landesinteresse nach Teil A Nummer 2 handelt.
- b) Anträge auf einmalige Erhöhung von Zuwendungen
  - aa) Erhöhen sich nach der Bewilligung und aus Gründen, die der Zuwendungsempfänger nicht zu vertreten hat, die der Bemessung der Gesamtzuwendung zugrunde gelegten Ausgaben, so kann im Ausnahmefall eine einmalige Erhöhung der bisher festgesetzten Gesamtzuwendung beantragt werden. Als Ausnahmefall in Betracht kommen
    - aaa) Vorhaben mit Ausgabensteigerungen von mehr als 20 Prozent der bisher festgesetzten zuwendungsfähigen Ausgaben;
    - bbb) Beteiligungsleistungen nach Teil B Ziffer II Nummer 2 Buchstabe b;
    - ccc) Beteiligungsleistungen bei Maßnahmen der staatlichen Straßenbauverwaltung.
  - bb) Der Antrag ist zu begründen.
  - cc) Eine Zuwendungserhöhung aufgrund Ausweitung des Vorhabens ist nur möglich, wenn diese durch die Bewilligungsbehörde zur Auflage gemacht oder nach Nummer 5.3 der Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwen-

dungen zur Projektförderung an kommunale Körperschaften (ANBest-K) in Anlage 3a zur Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung der Bewilligungsbehörde vor Beauftragung der Leistungen mitgeteilt und von ihr als notwendig und zweckmäßig anerkannt wurde.

- dd) Eine Zuwendungserhöhung ist nicht möglich, wenn die Ausgabensteigerung auf unwirtschaftliche Ausführung oder Nichtbeachtung der einschlägigen Nebenbestimmungen, wie Bedingungen und Auflagen, zurückzuführen ist.

### 2. Baufachliche Prüfung/Plausibilitätsprüfung

- a) Bei Neubau- und Ausbaumaßnahmen über 2 Millionen Euro vorgesehene Zuwendung ist vor Antragstellung eine baufachliche Stellungnahme des Landesamtes für Straßenbau und Verkehr einzuholen und dem Zuwendungsantrag beizufügen.
- b) Bei Gemeinschaftsmaßnahmen, die durch die staatliche Straßenbauverwaltung oder in deren Auftrag geplant und bestätigt wurden, bezieht sich die baufachliche Prüfung nur auf die Ermittlung der zuwendungsfähigen Ausgaben des Beteiligten.
- c) Die baufachliche Prüfung erstreckt sich auf die Zuwendungsvoraussetzungen einschließlich der Bewertung der zuwendungs- und nicht zuwendungsfähigen Ausgaben sowie auf die Abstimmung mit den Vorhaben anderer Bauträger und den Trägern der öffentlichen Belange. Hierbei sind im Hinblick auf eine sparsame Verwendung der zur Verfügung stehenden Mittel die Notwendigkeit und Dringlichkeit sowie Art und Umfang des Vorhabens zu beurteilen.
- d) Die in der baufachlichen Stellungnahme vorgeschlagenen technischen Auflagen sollen in den einzureichenden Antragsunterlagen, insbesondere auch mit der ausgabenmäßigen Auswirkung, berücksichtigt oder ihre Beachtung zugesichert sein. Andernfalls sind die Gegenvorstellungen zu begründen. Aufgrund wesentlicher Planungsänderungen erstellte neue Bauunterlagen bedürfen einer erneuten baufachlichen Prüfung.
- e) Die baufachliche Prüfung ist keine Prüfung im Sinne des § 10 Absatz 3 des Sächsischen Straßengesetzes. Die Verantwortung der Kommunen als Straßenbaubehörde nach § 10 Absatz 2 des Sächsischen Straßengesetzes bleibt unberührt.
- f) Einer baufachlichen Prüfung vor Antragstellung bedarf es nicht bei
  - aa) Kreuzungsmaßnahmen nach Teil B Ziffer II Nummer 2 Buchstabe b, für die eine Prüfung und Genehmigung durch das Landesamt für Straßenbau und Verkehr bereits erfolgt ist;
  - bb) der Errichtung von Verkehrsleitsystemen und der Errichtung und Umstellung der Wegweisung von Radverkehrsanlagen;
  - cc) eigenständigen Fahrradabstellanlagen.
- g) Bei Baumaßnahmen der kreisangehörigen Kommunen mit vorgesehener Zuwendung bis zu 2 Millionen Euro erfolgt eine Plausibilitätsprüfung durch die Landratsämter. Die Plausibilitätsprüfung ist durch die Landratsämter zu bescheinigen. Vorgeschlagene Auflagen und Hinweise sind in einer Anlage beizugeben.
- h) Für die Maßnahmen der Landkreise und Kreisfreien Städte mit vorgesehener Zuwendung bis zu 2 Millionen Euro erfolgt die Plausibilitätsprüfung entsprechend Teil B Ziffer VI Nummer 2 Buchstabe g durch das Landesamt für Straßenbau und Verkehr.

**3. Prüfung des Antrages**

- a) Bei kreisangehörigen Gemeinden überprüft die Rechtsaufsichtsbehörde die Vollständigkeit der Antragsunterlagen und bestätigt dies.
- b) Die Bewilligungsbehörde prüft abschließend die Anträge auf Zuwendungen. Die fachliche Prüfung nach Teil B Ziffer VI Nummer 2 dient hierzu als Entscheidungshilfe.

**4. Entscheidung über die Förderung**

- a) Die Bewilligungsbehörde übersendet bei Zuwendungsbescheiden an kreisangehörige Gemeinden einen Abdruck an das zuständige Landratsamt sowie an die Beteiligten in den Fällen von Teil B Ziffer VI Nummer 1 Buchstabe a Doppelbuchstabe bb.
- b) Bei Vorhaben mit Zuwendungen von über 4 Millionen Euro holt die Bewilligungsbehörde vor Erlass des Zuwendungsbescheides die Zustimmung des Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr ein.

**5. Prüfung der Bauausführung**

Die nach Nummer 6.2.6.3 der Verwaltungsvorschrift für Zuwendungen des Freistaates Sachsen an kommunale Körperschaften in Anlage 3 zur Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung während der Bauausführung bei Baumaßnahmen mit Zuwendungen über 1,5 Millionen Euro erforderliche Stichprobenweise

Prüfung der Einhaltung der einschlägigen Nebenbestimmungen, wie Bedingungen und Auflagen, obliegt der Bewilligungsbehörde. Feststellungen, die hinsichtlich der Erfüllung des Zuwendungszweckes und der Einhaltung der einschlägigen Nebenbestimmungen von Bedeutung sein können, sind aktenkundig festzuhalten und bei der weiteren Förderung zu beachten.

**Teil C****Inkrafttreten, Außerkrafttreten, Übergangsregelung**

1. Diese Richtlinie tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft.
2. Gleichzeitig tritt die Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr für die Förderung von Straßen- und Brückenbauvorhaben kommunaler Baulastträger vom 9. Dezember 2015 (SächsABl. S. 1777), die zuletzt durch die Richtlinie vom 10. Dezember 2019 (SächsABl. S. 1840) geändert worden ist, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 28. November 2021 (SächsABl. S. S 224), außer Kraft. Dies gilt nicht für bereits nach der Richtlinie gemäß Satz 1 bewilligte und zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Richtlinie nicht abgeschlossene Förderverfahren.

Dresden, den 11. Mai 2023

Der Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr  
Martin Dulig



**Richtlinie  
des Sächsischen Staatsministeriums  
für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr  
zur Änderung der FRL Kultur- und Kreativwirtschaft**

**Vom 16. Mai 2023**

Ziffer VI Nummer 6 der FRL Kultur- und Kreativwirtschaft vom 8. Februar 2022 (SächsABl. S. 235) wird wie folgt geändert:

- „6. Anforderungs- und Auszahlungsverfahren  
Die Auszahlung erfolgt gemäß Punkt 7.5 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushalts-

ordnung unter Verwendung des durch die Bewilligungsstelle zur Verfügung gestellten Antragverfahrens ([www.sab.sachsen.de](http://www.sab.sachsen.de)).“

Diese Richtlinie tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft.

Dresden, den 16. Mai 2023

Der Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr  
Martin Dulig

**Bekanntmachung  
des Sächsischen Staatsministeriums  
für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr  
über die Festsetzung eines Termins  
zur Verhandlung über einen Antrag auf Allgemeinverbindlicherklärung  
eines Tarifvertrags für Sicherheitsdienstleistungen**

**Vom 12. Mai 2023**

Über den in der Bekanntmachung vom 19. Januar 2023 (BANz AT 08.02.2023 B14) näher bezeichneten Antrag auf Allgemeinverbindlicherklärung nach § 5 des Tarifvertragsgesetzes für den

Tarifvertrag für Sicherheitsdienstleistungen im Freistaat  
Sachsen vom 1. August 2022  
– gültig mit Wirkung ab 1. Oktober 2022, kündbar mit einer  
Frist von drei Monaten, erstmals zum 31. Dezember 2023 –

wird der Tarifausschuss des Freistaates Sachsen

**am Mittwoch, 14 Juni 2023, um 9:00 Uhr**

im Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Ammonstraße 10, 01069 Dresden, Raum 603, öffentlich verhandeln.

Dresden, den 12. Mai 2023

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr  
Dr. Katrin Ihle  
Abteilungsleiterin

Eine Teilnahme an der öffentlichen Verhandlung des Tarifausschusses ist nur nach vorheriger Anmeldung möglich. Es wird darum gebeten, Anmeldungen bis zum 7. Juni 2023 an die E-Mail- Adresse [Referat212@smwa.sachsen.de](mailto:Referat212@smwa.sachsen.de) zu übermitteln. Nach Ablauf der Frist eingegangene Anmeldungen können nicht berücksichtigt werden.

**Sächsisches Staatsministerium  
für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt**

**Bekanntmachung  
des Sächsischen Staatsministeriums  
für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt  
über die investive Förderung sächsischer Tafeln im Jahr 2023**

**Vom 15. Mai 2023**

**1. Rechtsgrundlagen, Begriffsbestimmungen**

Das Sächsische Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt (SMS) fördert gemäß Teil 2 Abschnitt B Ziffer II Nummer 3 der Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt zur Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts (RL GeZus) vom 26. August 2021 (SächsABl. 2021 S. 1142), die durch die Richtlinie vom 13. Dezember 2022 (SächsABl. 2023 S. 37) geändert worden ist, enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 23. November 2021 (SächsABl. SDr. S. S 230), investive Projekte mit deutlichem Bezug zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Für die Förderung gelten die Bestimmungen in der RL GeZus sowie die konkretisierenden Bestimmungen dieser Förderbekanntmachung.

Der Freistaat Sachsen erkennt das soziale Engagement der sächsischen Tafelprojekte an, bedürftigen Menschen ergänzend zu den Leistungen der staatlichen Daseinsvorsorge ein zusätzliches Angebot an Nahrungsmitteln und Artikeln des täglichen Bedarfs zu unterbreiten. Dieses Angebot steht bedürftigen Menschen mit Wohnsitz oder gewöhnlichem Aufenthalt in Sachsen offen.

Unter einem Tafelprojekt ist eine von einem Träger auf Dauer angelegte Einrichtung zur Aufbewahrung, Aufbereitung und Ausgabe von Lebensmitteln und gegebenenfalls Sachspenden an Bedürftige zu verstehen. Ein Tafelprojekt kann über mehrere, regional verteilte Räumlichkeiten beziehungsweise Ausgabestellen verfügen.

Der Landesverband Tafel Sachsen e.V. trägt maßgeblich zur Aufrechterhaltung des Betriebes der einzelnen Ausgabestellen der sächsischen Tafelprojekte bei und wird deshalb einem Tafelprojekt gleichgestellt.

Eine aufgrund dieser Bekanntmachung beantragte Förderung wird als Vorhaben bezeichnet. Der Träger eines Tafelprojektes kann mehrere Vorhaben beantragen.

**2. Zuwendungszweck**

Ziel der Förderung ist die Unterstützung der Aktivitäten der sächsischen Tafeln. Sie soll dazu dienen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Die Zuschüsse sollen insbesondere zur Optimierung des Gesamtablaufes (zum Beispiel Logistik, Zugangs- und Raumsituation für Tafelkunden, Sicherheit, Arbeitsschutz, Energieeffizienz und Einhaltung von Hygiene- und sonstigen Vorschriften) eingesetzt werden.

**3. Gegenstand der Förderung**

Gegenstand der Förderung sind kleinere bauliche Maßnahmen der Sanierung und Modernisierung (zum Beispiel die Erneuerung von Fußböden, Fenstern oder Türen), Neu- und Ersatzanschaffungen von Einrichtungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie gegebenenfalls von Fahrzeugen und anderen für den Umschlag der Waren notwendigen Transportgeräten.

Nicht gefördert werden die mit der Tätigkeit des Zuwendungsempfängers verbundenen Personal- und Sachausgaben (zum Beispiel allgemeine Betriebs- und Transportkosten, Arbeitskleidung) sowie Ausgaben für Leasinggeschäfte.

**4. Zuwendungsempfänger**

Zuwendungsempfänger sind juristische Personen, wie gemeinnützige Vereine, Verbände, Stiftungen oder gemeinnützige Gesellschaften mit beschränkter Haftung, die überregional tätig sind.

**5. Zuwendungsvoraussetzungen**

Der Zuwendungsempfänger ist Träger wenigstens eines Tafelprojektes auf dem Gebiet des Freistaates Sachsen sowie der Landesverband Tafel Sachsen e.V. in seiner unmittelbaren unterstützenden Funktion für lokale Tafelprojekte.

Das Vorhaben soll in sich geschlossen und nicht Bestandteil eines größeren Vorhabens sein.

Mit der Antragstellung hat der Zuwendungsempfänger gegenüber der Bewilligungsstelle

- a) in einem Konzept die nachhaltige Wirkung seines Tafelprojektes sowie die Notwendigkeit des geplanten Vorhabens zu erläutern,
- b) zu bestätigen, dass in der Regel mindestens 100 Personen durch das Tafelprojekt dauerhaft betreut beziehungsweise versorgt werden,
- c) alle mit dem geplanten Vorhaben verbundenen Einnahmen und Ausgaben in einem Ausgaben- und Finanzierungsplan darzulegen und die Sicherstellung der Gesamtfinanzierung zu bestätigen,
- d) bei Baumaßnahmen die schriftliche Zustimmung des Grundstücks-/Gebäudeeigentümers beziehungsweise Vermieters/Verpächters der genutzten Räume zum geplanten Vorhaben beizufügen,
- e) eine Stellungnahme mit grundsätzlicher Bedarfsbestätigung des Landkreises beziehungsweise der Kreisfreien Stadt oder der kreisangehörigen Gemeinde, in dem das jeweilige Vorhaben realisiert werden soll, vorzulegen.

## 6. Art und Umfang, Höhe der Zuwendung

Die Zuwendung wird im Rahmen einer Projektförderung in Form eines Zuschusses als Anteilfinanzierung gewährt. Sie beträgt bis zu 80 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben. Zweckgebundene Spenden und Einnahmen aus Sponsoring werden auf den Eigenanteil angerechnet. Soweit sie diesen überschreiten, reduzieren sie die Zuwendung.

Pro Vorhaben werden maximal 30 000 Euro ausgereicht. Zuwendungen sollen nur bewilligt werden, wenn die Zuwendung im Einzelfall mehr als 2 500 Euro beträgt.

## 7. Sonstige Zuwendungsbestimmungen

Der Zuwendungsempfänger hat sich zu verpflichten, die erworbenen Einrichtungs- und Ausrüstungsgegenstände, die Fahrzeuge sowie die baulichen Veränderungen während der festgelegten Zweckbindungsfrist ausschließlich und unmittelbar für mildtätige, gemeinnützige und soziale Wohlfahrtszwecke zu nutzen.

## 8. Verfahren

### 8.1 Bewilligungsstelle

Bewilligungsstelle für die Einreichung von Projektanträgen ist die  
Sächsische Aufbaubank – Förderbank (SAB)  
Abteilung Bildung  
Pirnaische Straße 9  
01069 Dresden  
[www.sab.sachsen.de](http://www.sab.sachsen.de).

Dresden, den 15. Mai 2023

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt  
Christian Avenarius  
stellvertretender Abteilungsleiter

### 8.2 Antragsfristen

Anträge für das Jahr 2023 (mit Umsetzung im 4. Quartal) sind schriftlich bis spätestens 7. Juli 2023 bei der Bewilligungsstelle einzureichen.

### 8.3 Bewertung und Auswahl der Anträge

Die fachliche Bewertung der eingegangenen Anträge sowie die Festlegung der Förderung dem Grunde und der Höhe nach erfolgt durch die Bewilligungsstelle. Die Bewertung der Anträge erfolgt anhand nachstehender Kriterien unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel:

- a) Bedarf und Notwendigkeit, hinsichtlich der Tafelprojekte die Anzahl betreuter Personen,
- b) Wirtschaftlichkeit (Kosten-Nutzen-Verhältnis, Effizienz),
- c) Nachhaltigkeit (Konzept, Fortführung, Nachnutzung),
- d) regionale Verteilung (Projektort) und
- e) Trägerpluralität der Antragsteller.

### 8.4 Nachweis der Verwendung

Für den Nachweis der zweckentsprechenden Verwendung der Zuwendung ist gemäß Nummer 10 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung ein Verwendungsnachweis nach Nummer 6 der ANBest-P zu erbringen.

---

## Impressum

### Herausgeber:

Sächsische Staatskanzlei  
Archivstraße 1  
01097 Dresden  
Telefon: 0351 564 11312

### Verlag:

SV SAXONIA Verlag  
für Recht, Wirtschaft und Kultur GmbH  
Ludwig-Hartmann-Straße 40  
01277 Dresden  
Telefon: 0351 485 260  
Telefax: 0351 485 2661  
E-Mail: [gvbl-abl@saxonia-verlag.de](mailto:gvbl-abl@saxonia-verlag.de)  
Internet: [www.recht-sachsen.de](http://www.recht-sachsen.de)  
Verantwortlicher Redakteur: Frank Unger

### Druck:

Stoba-Druck GmbH  
Am Mart 16, 01561 Lampertswalde

### Redaktionsschluss:

24. Mai 2023

### Bezug:

Bezug und Kundenservice erfolgen ausschließlich über den Verlag. Der Preis für ein Jahresabonnement des Sächsischen Amtsblattes beträgt 229,49 Euro (gedruckte Ausgabe zzgl. 47,08 Euro Postversand) bzw. 127,14 Euro (elektronische Ausgabe). Der Preis dieser Einzelausgabe beträgt 7,28 Euro zzgl. 3,37 Euro bei Postversand. Alle genannten Preise verstehen sich inklusive gesetzlicher Mehrwertsteuer. Das Abonnement kann ausschließlich schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Kalenderjahresende gekündigt werden.

SV SAXONIA Verlag GmbH, Ludwig-Hartmann-Str. 40, 01277 Dresden  
ZKZ 73797, PVSt +4, Deutsche Post 

**Andere Behörden und Körperschaften**  
**Bekanntmachung**  
**des Mitteldeutschen Rundfunks**  
**Telemedienänderungskonzept**  
**des Mitteldeutschen Rundfunks vom 10. Oktober 2022**  
**Vom 5. Mai 2023**

Es wird darauf hingewiesen, dass das vom Rundfunkrat des Mitteldeutschen Rundfunks geprüfte Telemedienänderungskonzept „MDR Telemedien“ des Mitteldeutschen Rundfunks in der Fassung vom 10. Oktober 2022 gemäß § 32 Absatz 7 Satz 2 des Medienstaatsvertrages vom 14.–28. April 2020 (SächsGVBl. S. 381), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Zweiten Medienänderungsstaatsvertrages vom 14.– 27. Dezember 2021 (SächsGVBl. S. 303) im

Internetauftritt des Mitteldeutschen Rundfunks unter Telemedienänderungskonzept „MDR Telemedien“/MDR.de

<https://www.mdr.de/unternehmen/informationen/dokumente/telemedienaenderungs-konzept-100.html>)

veröffentlicht worden ist.

Leipzig, den 5. Mai 2023

Mitteldeutscher Rundfunk  
Prof. Dr. Karola Wille  
Intendantin